

Werner Höbsch/Wilfried Marxer (Hg.)

Community Education

Stark durch Bildung



Europäisches Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung
Liechtenstein-Institut · Diakonie Württemberg · eu warehouse

Werner Höbsch/Wilfried Marxer (Hg.)

Community Education

Stark durch Bildung

Impressum

Werner Höbsch/Wilfried Marxer (Hg.)

Community Education. Stark durch Bildung

Bendern (LI)/Brühl (DE) 2017

Die Veröffentlichung erfolgt im Rahmen eines Erasmus+-Projektes zu „Community Education“ 2014–2017 mit den Partnern: Europäisches Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung (Liechtenstein); Liechtenstein-Institut (Liechtenstein); Diakonie Württemberg (Deutschland); EU WAREHOUSE (Belgien)

Die Verantwortung für die Inhalte der Publikation tragen allein die Verfasser, die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Die Veröffentlichung erfolgt mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission.



Erasmus+

Inhaltsverzeichnis

Werner Höbsch/Wilfried Marxer

Vorwort	5
---------------	---

Theoretische Zugänge

André Ritter

Community Education. Auf dem Weg zu einem erneuerten Bildungsbegriff und Bildungskonzept	9
--	---

Wilfried Marxer

Community Education an der Schnittstelle von politischer Bildung und politischer Aktion	28
---	----

Josef Freise

Community Education in der postmigrantischen Gesellschaft	52
---	----

Angelika Vonlanthen Biedermann

Community Education in der Erwachsenenbildung	70
---	----

Praktische Zugänge

Werner Höbsch

Community Education – Ein Erasmus+-Projekt	88
--	----

Interview mit Tobias Meier

Community Organizing und Aufbau einer Bürgerplattform	94
---	----

Holger Fuhrmann/Monika Weidner

Empowerment marginalisierter Gruppen lernbeeinträchtigter Jugendlicher	101
--	-----

Franz-Josef Jehle

Erfahrungen und Lerneffekte bei der Selbstorganisation älterer Menschen.....	108
--	-----

<i>Rainer Gopp/Manfred Batliner</i>	
Projekt „Wohnen und Leben im Alter“	115

Europäische Zugänge

<i>Nina Laumann</i>	
Community Education im Kontext gesellschaftlicher Wandlungsprozesse in Europa – Ergebnisse einer ländervergleichenden Studie.....	124

<i>Kerstin Weertz</i>	
Aspekte von Community Education in europäischen Politiken und Projekten	132

<i>Lorenz Lassnigg</i>	
Community Education – Grundlagen, Ziele und Methoden in Österreich ..	147

<i>Bruno Kaufmann</i>	
Der transnationale Aktivbürger – Zu den bisherigen Erfahrungen mit der Europäischen Bürgerinitiative	166

<i>Europäisches Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung</i>	
Memorandum Europa.....	177

<i>Adam Tyson</i>	
Erasmus, mobility and much more	186

Community Education an der Schnittstelle von politischer Bildung und politischer Aktion

WILFRIED MARXER

Wilfried Marxer, geb. 1957, wohnhaft in Triesen, Fürstentum Liechtenstein. Studium der Politikwissenschaften u.a. an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Freien Universität Berlin, Dissertation an der Universität Zürich. Berufliche Stationen in der Statistik, als Geschäftsführer der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz, Chefredaktor von Radio L(iechtenstein), Geschäftsführer der Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein. Seit 2000 Forschungsbeauftragter für Politikwissenschaft am Liechtenstein-Institut, seit 2011 gleichzeitig Direktor des Instituts.

ABSTRACT

Der Autor geht in seinem Beitrag auf die Bedeutung der politischen Bildung für das Funktionieren und den Erhalt der Demokratie ein. Neben den Handlungen von Parteien, Staatsorganen und Medien lassen sich zahlreiche Aktivitäten identifizieren, die von unten gesteuert sind und in denen ein gesellschaftliches Lernpotenzial steckt. Als selbstgesteuerte Initiativen von unten – Bottom-up-Bewegungen – entsprechen sie weitgehend den konzeptionellen Prämissen der Community Education. Im Beitrag werden verschiedene solche Initiativen vorgestellt, die einen thematischen Input in das politische System generieren, Interessen artikulieren und Forderungen stellen. Daraus resultieren mitunter politische Entscheidungen im Sinne der Initianten oder liefern wenigstens einen Impuls in eine bestimmte Richtung. Andererseits können auch Sekundäreffekte resultieren: Neu erlernte Fähigkeiten wie Organisieren und Kommunizieren, Lerneffekte über das Funktionieren von Politik, eine stärkere Identifikation mit der demokratischen Grundordnung und den Möglichkeiten, die eine solche Rechtsordnung bietet.

The author is a political scientist and director of the Liechtenstein Institute. His paper explores the importance of political education for the functioning and preservation of democracy. In addition to the actions of parties, organs of the state, and the media, numerous activities can be identified which are directed from "lower" levels of society and which contain a potential for social learning. As self-directed "bottom up" initiatives, they correspond in large part to the conceptual premises of community education. The paper presents examples of several such initiatives which generate a thematic input into the political system, articulate interests and present demands. From time to time these produce political decisions in line with what the initiators have sought, or at least generate an impulse in a particular direction. There can also be secondary effects: newly acquired skills in organisation and communication, a deeper knowledge of how the political system functions, a stronger identification with the basic democratic order and with the opportunities which legally guaranteed citizens' rights can offer.

Einleitung¹

Demokratie bedingt nicht nur demokratische Strukturen, die sich in der konstitutionellen Machtteilung von Staatsorganen manifestieren, also die Repräsentativorgane wie Parlament, Parlamentskammern und Regierung, allenfalls ein Staatsoberhaupt in Form eines Präsidenten oder Monarchen, auch eine unabhängige Gerichtsbarkeit, die zum System der Checks and Balances gehören. In Systemen mit ausgebauten direktdemokratischen Rechten können stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger mitunter auch außerhalb von Wahlen direkt in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen sein.

Neben diesen Institutionen, die mit formalen Kompetenzen ausgestattet sind, sind aber auch die Einstellungen und Handlungen der Bevölkerung für das Funktionieren einer Demokratie maßgeblich. Manche Bemühungen zur Einführung oder Erhaltung der Demokratie scheitern an einem mangelnden demokratischen Bewusstsein, an fehlendem Bürgersinn. Informierte, engagierte Bürgerinnen und Bürger sind wesentlich für eine funktionierende Demokratie. Dewey² hat bereits sehr früh auf die Notwendigkeit einer Erziehung zur Demokratie hingewiesen und diese Forderung hat bis in die Gegenwart nichts an Bedeutung verloren.³ Dabei können professionelle, pädagogische und politische Initiativen wichtige Beiträge zum Erlernen demokratischen Verhaltens leisten.⁴ Unter dem Stichwort „Demokratiekompetenz“ haben Himmelmann und Lange⁵ einen aufschlussreichen Sammelband veröffentlicht, der entsprechende Beiträge aus der Perspektive der Politikwissenschaft, der Pädagogik und der politischen Bildung dokumentiert.

¹ Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag bei der Internationalen Tagung „Community Education – Stark durch Bildung“ am 5. April 2016 am Liechtenstein-Institut, Benden.

² Dewey, John: *Democracy and Education. An Introduction to the Philosophy of Education*. New York 1916.

³ English, Leona M./Mayo, Peter: *Adult Education and Citizenship – A Contested Terrain*. In: *International Issues in Adult Education* (8), 2012, 37–41.

⁴ Shaw, Mae/ Crowther, Jim: *Adult education, community development and democracy: renegotiating the terms of engagement*. In: *Community Development Journal* 49 (3) 2014, 390–406.

⁵ Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hg.): *Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung*. Wiesbaden 2005.

Nach dem Input-Output-Modell von Easton⁶ können die Leistungen eines politischen Systems von der Input-Seite wie auch von der Output-Seite betrachtet werden. Während ein zufriedenstellender Output auch von nichtdemokratischen Systemen geleistet werden kann – etwa hinsichtlich der Befriedigung materieller Bedürfnisse –, bedingt eine lebendige Demokratie auch den demokratischen, deliberativen und partizipativen Input, die aktive Teilnahme der Gesellschaft am politischen Prozess. Dies kann auf unterschiedliche Weise erfolgen: Wahlen, zivilgesellschaftliches Engagement, Tätigkeit von und in Vereinen und Verbänden, Mitarbeit in Parteien, Öffentlichkeitsarbeit und vieles weitere. Grundlage hierfür sind eine ausdifferenzierte und mit hinreichenden Ressourcen ausgestattete Gesellschaft wie auch strukturelle Voraussetzungen, so etwa Presse- und Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Medienvielfalt, um nur einige zu nennen.

In diesem Essay im Nachgang zur Konferenz „Community Education – Stärke durch Bildung“ werden Überlegungen angestellt, auf welcher Ebene und auf welche Weise Ansätze des Konzeptes der Community Education im Kontext der Politik und Demokratie identifiziert werden können. Hierfür werden Fallbeispiele aus dem Kleinstaat Liechtenstein herangezogen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, vielmehr eher exemplarisch. Viele dieser Beispiele lassen sich auf andere Staaten übertragen.

Strukturbedingungen des Kleinstaates

Liechtenstein weist eine verfassungsmäßige Ordnung auf, die als dualistisches System⁷ beschrieben wird. Dualismus heißt in diesem Falle, dass gemäß Verfassung die Macht im Staat auf zwei Pfeilern beruht: auf Fürst und Volk. Im Gegensatz zu vielen eher symbolischen Monarchien verfügt der Fürst von Liechtenstein über eine beträchtliche Machtfülle. Er ernennt die Regierung auf Vorschlag des Landtages (Parlament) hin, er kann die Regierung entlassen, er kann aus erheblichen Gründen den Landtag auflösen, er

⁶ Easton, David: A Framework for Political Analysis. Eaglewood Cliffs 1965.

⁷ Wille, Herbert: Die liechtensteinische Staatsordnung. Verfassungsrechtliche Grundlagen und oberste Organe. Liechtenstein Politische Schriften, 57/2015; Waschkuhn, Arno: Politisches System Liechtensteins. Kontinuität und Wandel. Liechtenstein Politische Schriften, 18/1994.

hat das Vetorecht gegenüber Landtagsbeschlüssen zu Verfassung und Gesetzen, zu Finanzen und Staatsverträgen, ebenso benötigen positiv verlaufene Volksabstimmungen in den meisten Fällen die Bestätigung des Fürsten. Er spielt auch bei der Richterbestellung eine bedeutende Rolle und verfügt über besondere Notrechtskompetenzen. Der Fürst ist also ein sehr starker politischer Akteur, nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität.

Andererseits hat das Volk zahlreiche Mitwirkungsrechte, sei dies durch die Wahl des Landtages, welcher anschließend eine Regierung vorschlägt, sei dies durch direktdemokratische Rechte.⁸ Hierzu zählen Referenden gegen Landtagsbeschlüsse zur Verfassung oder über Gesetze, gegen Finanzbeschlüsse oder Beschlüsse zu Staatsverträgen. Die Stimmberechtigten können auch selbst gesetzgeberisch tätig werden, indem mittels einer Volksinitiative versucht wird, die Verfassung oder Gesetze beziehungsweise einzelne Artikel abzuändern, neu zu schaffen oder aufzuheben. Das politische System belässt für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger somit beträchtlichen, rechtlich klar normierten Spielraum, der verfassungsmäßig vorgezeichnet ist und zu verbindlichen Volksentscheidungen führen kann.

In der nachstehenden Tabelle werden relevante Demokratieprinzipien⁹ hinsichtlich ihrer rechtlichen Voraussetzungen und praktischen Umsetzungen durch eine aktive Bürgerschaft skizziert. Im Anschluss daran werden Aktivitäten im Bereich oder der Nähe von Community Education vorgestellt, um schließlich abzuschätzen, wie diese in das System der Voraussetzungen und Umsetzungspotenziale einzuordnen sind.

⁸ Marxer, Wilfried: Direkte Demokratie in Liechtenstein, in: Neumann, Peter/ Renger, Denise (Hg.): Sachunmittelbare Demokratie im interdisziplinären und internationalen Kontext 2009/2010. Deutschland, Liechtenstein, Österreich, Schweiz und Europa. Baden-Baden 2012, 95–115; Marxer, Wilfried/Pállinger, Zoltán Tibor: Stabilizing or destabilizing? Direct-democratic instruments in different political systems, in: Setälä, Maija/Schiller, Theo (Hg.): Referendums and Representative Democracy. Responsiveness, accountability and deliberation. London/New York 2009 (ECPR Studies in European Political Science 62), 34–55.

⁹ Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Eicher, Claudia/ Thiery, Peter: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen 2003, 39ff.

Tabelle 1: Demokratieprinzipien, rechtliche Voraussetzungen und praktische Umsetzung

<i>Demokratieprinzip</i>	<i>Rechtliche Voraussetzung</i>	<i>Praktische Umsetzung</i>
Volks-souveränität	Wahl- und Stimmrecht Freie Wahlen Abstimmungen	Partizipation Engagement
Mehrheitsprinzip	Demokratisches Wahlsystem Demokratisches Abstimmungssystem	Politischer Wettbewerb Parteienvielfalt Interessengruppen
Gleichheit und Freiheit	Pressefreiheit Meinungsfreiheit Stimmgleichheit	Pressevielfalt Meinungsvielfalt
Rechtsstaatlichkeit	Demokratische Rechtsordnung Funktionierende und unabhängige Justiz	Kenntnis des Rechts Zugang zum Recht Europäische Menschenrechtskonvention
Herrschaftskontrolle	Gewaltenteilung Medienfreiheit	Informationsfreiheit Öffentlichkeitsprinzip Transparenz Kritik
Pluralismus	Parteien, Organisationsfreiheit Medienfreiheit Meinungsfreiheit	Öffentlicher Diskurs Debatten Meinungsbildung

Community Education und Politik

Wenn wir nun stärker auf die Aspekte der Community Education fokussieren, stehen als Schlüsselbegriffe „Gemeinschaft“, „Lernen“ und „selbstbestimmt“ im Vordergrund, also kollektive und selbstbestimmte Aktivitäten mit Lernpotenzial. Gehen wir also auf Spurensuche: Welche Aktivitäten können beobachtet werden, in denen Einfluss auf die Politik ausgeübt wird und dabei ein selbstgesteuerter, kollektiver Lernprozess stattfinden kann?

Auszuschließen sind Aktivitäten, die sich aus den institutionalisierten Strukturen ergeben. Die Arbeit von Regierung und Parlament, von Kommissionen,

Gemeinderäten, aber auch die in dieses politische System eingebundenen Parteien passen demzufolge nicht in das Konzept der Community Education. Vielmehr sind spontan entstehende Bürgeraktivitäten, außerparlamentarische Bewegungen oder Interessengemeinschaften in den Blick zu nehmen. Da Community Education von einem Bottom-up-Ansatz ausgeht, sind Top-down-Initiativen auszuschließen. Wie wir sehen werden, sind die Übergänge allerdings fließend. Die weiter unten charakterisierten Initiativen geben beispielhaft Hinweise auf Aspekte der Community Education in Bezug auf die politische Bildung.

Von unten initiierte Lernprozesse sind ein Konzept, welches auch von Tett¹⁰ stark favorisiert wird, und diese können nach English und Mayo¹¹ sowie Wallace¹² für die Entwicklung einer Gesellschaft maßgeblich sein. Die Bedürfnisse der Betroffenen stehen im Mittelpunkt und deren Ressourcen können auf solche Weise gestärkt und aktiviert werden. Jungmeier et al.¹³ zeigen anhand von Praxisbeispielen die wechselseitigen Beziehungen von Community Education und Community Development zur nachhaltigen Entwicklung und Agenda 21-Prozessen. Ob dies als im städtischen, mobilisierbaren Umfeld und für ökologische Fragen besonders fruchtbringend eingestuft wird,¹⁴ oder generell als Rezept für Bürgerbeteiligung, Bürgeraktivierung und Lösungsfindung betrachtet wird, kann hier offenbleiben. Jedenfalls ist ein Effekt zu erwarten, wenn statt passiven Abwartens ein aktives Engagement tritt. Das Motto „Learning by doing“ kann hier zitiert werden – oder wie es Koopmann¹⁵ im Kontext politischer Aktivierung ausdrückt: „Politik handelnd erfahren lernen“.

¹⁰ Tett, Lyn: Policy and Practice in Education. Community Education, Lifelong Learning & Social Inclusion, Edinburgh 2006.

¹¹ English, Leona M./Mayo, Peter: Adult Education and Citizenship – A Contested Terrain. In: *International Issues in Adult Education* (8) 2012, 37–41.

¹² Wallace, David: Community Education, Community Learning and Development. In: T.G.K. Bryce und W. M. Humes (Hg.): Scottish Education. Edinburgh 2008, 742–751.

¹³ Jungmeier, Peter/Mader, Wolfgang/Seebacher, Eva: Die Weisheit der Vielen. Community Education in der Praxis, in: *Magazin Erwachsenenbildung.at* (19) 2013, 2–8.

¹⁴ Scandrett, Eurig: Citizen Participation and Popular Education in the City. Written for the Friends of the Earth's 'Big Ideas' project. Queen Margaret University 2013. Online verfügbar unter https://www.foe.co.uk/sites/default/files/downloads/citizen_participation_and.pdf.

¹⁵ Koopmann, Politik handelnd erfahren.

In einer kooperativen Demokratie¹⁶ findet ein engerer Austausch zwischen Amtsträgern und Bevölkerung statt, mit allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sein mögen. Darin steckt allerdings auch ein grosses Potenzial, nicht nur den Output und die Realisierbarkeit von Politik betreffend, sondern in weiterer Folge auch hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Demokratie, was insgesamt einen stabilisierenden Effekt auf den Staat und die Gesellschaft hat.

Letztendlich geht es um das Funktionieren der Gesellschaft und die Bewältigung von Aufgaben in kollektiver Anstrengung. Dabei wird zunehmend auch die Bedeutung der nichtformalen Strukturen und des ehrenamtlichen Engagements für den Zusammenhalt und die Identität einer Gesellschaft erkannt. Hagen¹⁷ hat speziell für Liechtenstein eine Studie zum Sozialkapital erarbeitet, viele weitere können genannt werden. Wir verweisen hier speziell auf die Studien zur Lage in der Schweiz, die im Sammelband von Freitag¹⁸ veröffentlicht wurden, sowie den Sammelband von Haus¹⁹ mit entsprechenden Studien zu Deutschland. Wir können aber auch die Sportstudie von Frommelt²⁰ zur Leistung von Vereinen (hier: Sportvereinen) erwähnen, nicht zuletzt mit Bezug auf deren Beitrag zur sozialen Integration und Inklusion.

Die nachstehenden Beispiele zeigen, wie in den Bereichen Schule und Jugend, in der kommunalen und der nationalen Ebene im Bereich der Politik und damit einhergehenden Lernprozessen Initiativen und Engagement einen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung, zum Erfahren sowie zur Selbstaktivierung leisten und somit im Sinne der Community Education funktionieren.

¹⁶ Bogumil, Jörg: Kooperative Demokratie – Formen, Potenziale und Grenzen. In: Michael Haus (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde. Opladen 2002, 151–166.

¹⁷ Hagen, Angelika: Befragung zu Sozialkapital und Gesundheit des Fürstentums Liechtenstein. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung. Im Auftrag des Ressorts Soziales, 2008.

¹⁸ Freitag, Markus (Hg.): Das soziale Kapital der Schweiz. Zürich 2014 (Politik und Gesellschaft in der Schweiz, 1).

¹⁹ Haus, Michael (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde. Opladen 2002.

²⁰ Frommelt, Christian: Sport Monitoring Liechtenstein. Bestandesaufnahme 2015. Studie im Auftrag der Sportkommission. BERN 2016.

Beispiele aus Schule und Jugend

Schülerorganisation SOS am Liechtensteinischen Gymnasium

Ziel der Schülerorganisation SOS²¹ ist es, den Anliegen der Schülerinnen und Schüler Gehör zu verschaffen. Der SOS-Vorstand trifft sich regelmäßig mit dem Rektorat und nimmt an den Sitzungen der Elternvereinigung teil. Nach eigenen Angaben auf der Website leistet sie einen Beitrag für ein gut funktionierendes und angenehmes Schulklima. Sie fungiert als Interessenvertretung der Schüler am Liechtensteinischen Gymnasium.

Vertrauensschüler/-innen am Liechtensteinischen Gymnasium

Die Vertrauensschülerinnen und Vertrauensschüler²² sind ein Element des Pädagogisch-Sozialen Netzes (PSN) am Liechtensteinischen Gymnasium. Elemente des PSN sind die Schulsozialarbeit (eine Schulsozialarbeiterin), Vertrauenslehrer (VL) und Vertrauensschüler (VS). Die VS sind insofern eingebettet in eine breitere Struktur. Dennoch herrscht ein gewisses Maß an Autonomie und Verantwortung. Die VS sind für mancherlei Aktivitäten am Gymnasium zuständig und organisieren Anlässe. Sie vermitteln aber auch bei Streitigkeiten und Konflikten, leisten Betreuung für Schüler der ersten Klasse und beraten und begleiten einzelne Schüler.

Jugendrat Liechtenstein

Der Jugendrat Liechtenstein wurde 2013 ins Leben gerufen. Er fußt auf einer anderen Initiative, nämlich der Aktion „Jugendbeteiligung Liechtenstein“ (JUBEL). Dies war ein Netzwerk von Schülervertretern Liechtensteins, welches für Jugendliche bis 16 Jahren ausgerichtet war. Um weiterhin in ähnli-

²¹ Auf der Website des Liechtensteinischen Gymnasiums: <http://www.lg-vaduz.li/LiechtensteinischesGymnasium/Personen/Sch%C3%BClerorganisationSOS.aspx> [2.12.2016].

²² Auf der Website des Liechtensteinischen Gymnasiums: <http://www.lg-vaduz.li/LiechtensteinischesGymnasium/Personen/Vertrauenssch%C3%BClerInnen.aspx> [1.12.2016]; Flyer zum Pädagogisch-Sozialen Netz: http://www.lg-vaduz.li/contortionist/0/contortionistUniverses/495/rsc/Item_downloadLink/VS-FLYER_1617.pdf [2.12.2016].

cher Form partizipieren zu können, gründeten einige Aktivisten den Jugendrat Liechtenstein, welcher 2013 die Aktivitäten aufnahm.²³ Der Jugendrat wird unter anderem vom EU-Programm „Jugend in Aktion“ gefördert.

Zu den Aktivitäten des Jugendrates gehörte beispielsweise die Herausgabe einer Broschüre zu den Landtagswahlen 2013, in welcher Informationen über das Wahlsystem enthalten sind sowie eine Aufforderung an Jugendliche, sich an den Wahlen zu beteiligen. Die Broschüre „easy vote Fürstentum Liechtenstein“ lehnte sich an ein ähnliches Projekt in der Schweiz an. Im Vorfeld der Landtagswahlen vom Februar 2017 wurde die Aktion wiederholt sowie mit einer Plakataktion ergänzt.

Am 26. November 2016 wurde erstmals eine „Jugendsession“ durchgeführt.²⁴ Jugendliche und junge Erwachsene konnten einen Tag lang im Landtagssaal zu aktuellen politischen Fragen diskutieren und Lösungen entwickeln. Themen waren die Berufsbildung, der Vaterschaftsurlaub und die Direktwahl der Regierung. Ähnlich wie in Parlamentskommissionen wurden Themen vorbesprochen und anschließend im Plenum diskutiert. Auch wurde über formulierte Anträge abgestimmt. Die Ergebnisse der Beratungen wurden am Ende der Session dem Landtagspräsidenten überreicht.

Jugendparlament zur Alpenkonvention

Eine grenzüberschreitende Aktion ist das Jugendparlament zur Alpenkonvention (Youth Parliament of the Alpine Convention, YPAC), welches von der Internationalen Alpenschutz-Kommission CIPRA organisiert und betreut wird.²⁵ Es handelt sich dabei um ein zunächst zentral organisiertes und initiiertes Projekt, bei welchem in der Umsetzung aber dennoch die weitgehende Autonomie der involvierten Jugendlichen gewährleistet ist. Die Sitzungen des Jugendparlaments werden seit 2006 jährlich an wechselnden Orten in den Mitgliedsstaaten der Alpenkonvention durchgeführt. Im Mai 2016 tagte das Jugendparlament in Bassano del Grappa in Italien. Im März 2012

²³ Broschüre zum Jugendrat: http://downloads.jugendrat.li/jugendrat/JR-Doku-3_4.pdf; Website des Jugendrates: <http://jugendrat.li/>.

²⁴ Flyer zur Jugendsession: http://www.jugendrat.li/v2/wp-content/uploads/2016/08/flyer_jugendsession.pdf [2.12.2016].

²⁵ Website von YPAC: <http://www.ypac.eu/>.

war das Treffen in Liechtenstein durchgeführt worden. Jeder Alpenstaat ist mit rund 10 Jugendlichen vertreten.

Zur Sprache kommen jeweils aktuelle Fragen zum Alpenraum. Die Debatten orientieren sich der Form nach an parlamentarischen Debatten in Kommissionen und im Plenum und enden mit Postulaten und Resolutionen. Die Teilnehmenden sind zwischen 16 und 19 Jahre alt. In jedem Mitgliedsstaat der Alpenkonvention fungiert eine Schule als Kontaktstelle und entsendet Delegierte für das Jugendparlament. In Liechtenstein ist dies das Liechtensteinsche Gymnasium.

Das YPAC definiert an den Meetings jeweils die Zuständigkeiten und die Teilnahme in Kommissionen. Zu den Aufgaben gehört auch die Medienarbeit, welche aufgeteilt wird auf die Gruppe, die den Jahresbericht erstellt, die Pressegruppe zur Medienbetreuung sowie eine Gruppe, die für die Website zuständig ist.

Jugendsektionen der Parteien

Einige liechtensteinische Parteien führen Jugendsektionen in ihren Parteien.²⁶ Erfahrungsgemäß unterliegen diese Gruppen starken Fluktuationen in ihrer Präsenz und Aktivität. Altersbedingt scheiden Mitglieder aus und es ist nicht selbstverständlich, dass sich jederzeit wieder neue, aktive Mitglieder finden lassen. Aus dem Blickwinkel der Community Education ist außerdem zu berücksichtigen, dass diese Jugendabteilungen der Parteien meist stark von oben initiiert und gestützt sind und daher nur bedingt in das Konzept der Community Education passen.

²⁶ Junge FPB: <http://www.fbp.li/die-fbp/personen/junge-fbp.html>. Jugendunion: <http://www.vu-online.li/%C3%9Cberuns/Unionen/jugendunion.aspx>. Junge Freie Liste: <http://www.freieliste.li/index.php/partei/junge-fl/>.

Beispiele der kommunalen Ebene

Volksabstimmungen auf Gemeindeebene

In institutionalisierter Form ist in Liechtenstein auf kommunaler Ebene wie auf Landesebene die Mitbestimmungsmöglichkeit mittels Referendum gegeben. Das direktdemokratische Instrument des Referendums erlaubt es den Stimmberechtigten einer Gemeinde, gegen bestimmte Gemeinderatsbeschlüsse Unterschriften zu sammeln und eine kommunale Volksabstimmung herbeizuführen. Dabei handelt es sich in der Regel um Finanzbeschlüsse des Gemeinderates. Der Gemeinderat kann auch von sich aus einen Beschluss den Stimmberechtigten der Gemeinde zur Abstimmung vorlegen.

Bei einer vom Gemeinderat angeordneten Abstimmung handelt es sich vornehmlich um eine Top-Down-Aktion. In der Folge kann sich indes ein Bürgerkomitee bilden, welches sich im Vorfeld der Abstimmung organisiert und an der Kampagne für oder gegen die Vorlage Stellung bezieht. Deutlicher in das Konzept der Community Education passt es, wenn sich Bürgerinnen und Bürger organisieren, um in einer Bottom-up-Bewegung gegen den Beschluss eines Gemeinderates zu opponieren. In diesem Falle entsteht meistens eine Organisation in Form eines Komitees, es wird diskutiert, es werden Strategien entworfen, die Argumentation für oder gegen ein Projekt wird entwickelt, die Öffentlichkeitsarbeit konzipiert und orchestriert, vielleicht werden auch noch Veranstaltungen und Diskussionsrunden organisiert und vieles weitere. Viele Involvierte und Engagierte machen solche Erfahrungen zum ersten Mal und lernen dabei manche neuen Aspekte der Politik, des Organisierens und Kommunizierens kennen.

Maduz resümierte in ihrer Literaturstudie über direkte Demokratie, dass die Abstimmenden hinreichend kompetent bei Volksabstimmungen agieren, demzufolge also genügend Kenntnis der Vorlagen haben und weitgehend

entlang ihrer Interessen abstimmen.²⁷ Auch ist in der Literatur ein erzieherischer Effekt der direkten Demokratie wiederholt nachgewiesen worden.²⁸

Bürgerschaftliches Engagement

Auch unabhängig von Vorgängen und Entscheidungen in den institutionalisierten Gremien der Gemeinden können Bürgerinnen und Bürger Engagement an den Tag legen. Sie können sich an die zuständigen Gremien richten, etwa in der Form von Petitionen, oder unabhängig davon initiativ werden, also ohne direkten Blick auf die Gemeindegremien. Dabei gilt Ähnliches wie bei der Bildung von Komitees im Falle eines Referendums. Gleich wie dort ist Organisieren, Debattieren, Kommunizieren und manch anderes erforderlich und wird im Verlaufe des Prozesses vielfach entwickelt und gelernt.

Ein Beispiel ist die Bürgerinitiative ESCHEvital. Die Esche ist ein Entwässerungsbach im Talraum Liechtensteins, unter anderem auf dem Territorium der Gemeinde Eschen. Am 12. Dezember 2003 überreichte eine Bürgerbewegung dem damaligen Regierungschef Otmar Hasler eine Petition mit 1084 Unterschriften zur Revitalisierung der Esche.²⁹ Ein knappes Jahr später konnten die Medien vermelden, dass im Zuge anderer Baumaßnahmen die Esche auf einer Strecke von 360 Metern ökologisch aufgewertet werden soll.³⁰ Es folgten weitere Maßnahmen, so etwa eine Aufweitung des Bachbettes zu einem kleinen See. Die Bürgerinitiative musste allerdings in der Folge wohl feststellen, dass sich keine weiteren Fortschritte einstellten. Im Mai 2012, also neun Jahre nach Einreichung der Petition, wurde daher eine öffentliche Informationsveranstaltung organisiert, über welche die Medien

²⁷ Maduz, Linda: Direct Democracy. First published: March 2010. In: Living Reviews in Democracy 2, 2010, 1–14. <http://www.livingreviews.org/lrd-2010-1> [20.12.2016], 4.

²⁸ Smith, Daniel A./Tolbert, Caroline J.: Educated by Initiative: The Effects of Direct Democracy on Citizens and Political Organizations in the American States. Ann Arbor: University of Michigan Press 2004. Smith, Mark A.: Ballot initiatives and the democratic citizen. In: Journal of Politics, 64, 2002, 892–903. Kriesi, Hanspeter: Direct Democratic Choice. The Swiss Experience. Oxford: Lexington Books 2005.

²⁹ Liechtensteiner Volksblatt vom 13. Dezember 2003, 11.

³⁰ Liechtensteiner Volksblatt vom 5. August 2004, 25.

wiederum breit berichteten und welche einen neuen Impuls zur Revitalisierung des Talraums gab.³¹

Zahlreiche weitere Beispiele bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene könnten hier vorgestellt werden.

Kommissionsarbeit und Bürgergenossenschaften

Stärker dem institutionalisierten Rahmen zuzuordnen sind die zahlreichen Kommissionen auf Gemeindeebene, die die Arbeit des Gemeinderates unterstützen, ebenso die Tätigkeit von Bürgergenossenschaften.

Als Beispiel dient hier die Gemeinde Triesen mit rund 5 000 Einwohnern. Neben dem Vorsteher und dem Gemeinderat existieren acht gesetzliche Kommissionen (Feuerwehr und Brandschutz, Geschäftsprüfung etc.) sowie vierzehn weitere Kommissionen (Raumplanung, Sport, Kultur, Wirtschaft etc.) für die Dauer der Mandatsperiode 2015 bis 2019. Die Kommissionen bestehen meist aus acht bis zehn Mitgliedern. In einem umfassenden Sinn dienen die Mitarbeit und die Erfahrung, die Kommissionsmitglieder im Nahverhältnis zu den entscheidenden politischen Gremien machen, der Stabilität eines politischen Systems. Es involviert zahlreiche Personen in den politischen Prozess und weckt Verständnis für politische Entscheidungen – allerdings mitunter auch Unverständnis. Individuell werden neue Erfahrungen gemacht, die auch dem Kollektiv dienen. Ein selbstgesteuertes Lernen im Sinne der Community Education ist dies allerdings noch nicht.

Bei den Bürgergenossenschaften handelt es sich um die Weiterführung der früheren Dorf- und Agrargenossenschaften, die genossenschaftlichen Besitz – Weiden, Ackerflächen, Wälder, Alpweiden – kollektiv verwalten und nutzen, verpachten etc. Deren Ursprung reicht weit zurück. Der Community-Gedanke ist durch die genossenschaftliche Organisationsform zwar gegeben, aber die aktuellen Genossenschaften haben eher ein Erbe angetreten, als dass sie aus einer Bürgerbewegung neu entstanden wären. Als Beispiel sei hier die Bürgergenossenschaft Triesen erwähnt, welche gleichzeitig der

³¹ Liechtensteiner Volksblatt vom 10. Mai 2012, 6.

größte Grundbesitzer Liechtensteins ist.³² Die Bürgergenossenschaft Triesen wurde 2004 gemäß Gesetz vom 20. März 1996 über die Bürgergenossenschaften gegründet, nachdem beschlossen worden war, den althergebrachten Nutzen der Triesner Bürgerinnen und Bürger einer Bürgergenossenschaft zu übertragen, statt dies der politischen Gemeinde zu übertragen. Diese beiden Optionen stellen sich in allen Gemeinden mit einem noch bestehenden Bürgernutzen und wurden in den verschiedenen Gemeinden unterschiedlich umgesetzt. Mitglieder der Triesner Bürgergenossenschaft wurden alle bis dahin nutzungsberechtigten Triesner Bürgerinnen und Bürger.

Die Genossenschaft wurde 2004 mit 1 578 Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen. Wer seinen Verpflichtungen nicht nachkam oder austreten wollte, wurde in den Folgejahren von der Mitgliederliste gestrichen. Per 31. Dezember 2015 verzeichnete die Genossenschaft noch einen Mitgliederbestand von 789, also exakt 50 Prozent der anfänglichen Mitgliederzahl.³³ Offensichtlich sind die Mitgliedschaft und der Bürgernutzen für viele nicht besonders attraktiv. Jährlich werden mehrere Frontage organisiert. Gemäß Jahresbericht 2015 haben allerdings nur 131 Mitglieder an solchen Frontagen Einsatz geleistet. Da die Bürgergenossenschaft ihre Wurzeln in der Agrarwirtschaft hat, Liechtenstein inzwischen jedoch ein hoch industrialisiertes Land ist, stellt sich zunehmend die Frage nach dem Sinn der Bürgergenossenschaften.

Beispiel nationale Ebene

Die alle vier Jahre durchzuführenden Landtagswahlen sind jeweils eine Gelegenheit, um zusätzlich zum politischen Normalbetrieb vermehrt politische Diskussionen öffentlich auszutragen. Liechtenstein verfügt über eine beachtliche Bandbreite an Medien. Neben zwei Tageszeitungen und verschiedenen weiteren Printmedien berichten auch Radio Liechtenstein und der private Fernsehsender 1FLTV regelmäßig und häufig über die liechtensteinische Politik. Im Vorfeld von Wahlen ist dies noch spezieller, da Kandidatinnen und Kandidaten zu ihren politischen Zielen befragt werden, kontroverse Diskus-

³² Bürgergenossenschaft Triesen: <http://www.bgt.li/>.

³³ Jahresbericht 2015 der Bürgergenossenschaft Triesen.

sionsrunden ausgestrahlt und Partei- und Wahlprogramme aufgelegt werden. Dies alles steht jedoch noch nicht unmittelbar im Zusammenhang mit Community Education, da wesentliche Merkmale fehlen. Ein politischer Bildungsschub ist mit Wahlen indes durchaus festzustellen. Weit stärker in die Nähe der Community Education ist hingegen eine neu konzipierte Wahlhilfe zu rücken, die im folgenden Abschnitt vorgestellt wird.

Wahlhilfe.li

In jüngerer Zeit werden in vielen Staaten Informationsplattformen über die Position von Parteien und Kandidierenden im Vorfeld von Wahlen angeboten. In Deutschland läuft dies unter dem Titel „Wahlbarometer“ und verschiedenen weiteren Angeboten, in der Schweiz unter dem Label „Smart-vote“. In Liechtenstein wurde erstmals zu den Landtagswahlen vom 5. Februar 2017 unter dem Titel „Wahlhilfe“ ebenfalls eine entsprechende Möglichkeit geboten.³⁴ Die Website mit der Vorstellung der Landtagskandidatinnen und -kandidaten mit ihren politischen Präferenzen ist von einer Einzelperson initiiert worden. Die Idee wurde im Rahmen eines Ideenwettbewerbs (Ideenkanal)³⁵ prämiert und finanziell sowie mit einem Coaching unterstützt.

Alle 71 Kandidatinnen und Kandidaten, die sich bei insgesamt vier Parteien für die 25 Landtagssitze bewarben, wurden aufgefordert, auf der Website www.wahlhilfe.li zu 45 aktuellen politischen Fragen Position zu beziehen. Die Fragen wurden vom Liechtenstein-Institut in Rücksprache mit den vier kandidierenden Parteien ausgearbeitet, um die Qualität und Unabhängigkeit zu sichern. Anschließend konnten die Wählerinnen und Wähler ihre eigenen Präferenzen bei den gleichen Fragen eintragen und erhielten dann die Information, wie gross die Schnittmenge zu den Kandidierenden sowie den Parteien ist. Dies kann als Wahlempfehlung aufgrund der Haltung zu Sachfragen interpretiert werden.

³⁴ Website: www.wahlhilfe.li.

³⁵ Website: <http://www.ideenkanal.com/de>.

Aus dem Blickwinkel der Community Education sind drei Aspekte besonders hervorzuheben. Erstens handelt es sich um eine Initiative eines engagierten, jungen Bürgers und ist somit eine Bottom-up-Initiative. Zweitens ist ein Mobilisierungseffekt zu erwarten, da mit dieser Initiative Interesse an der Politik geweckt werden kann, namentlich bei der jüngeren Generation, die mit dem Internet besser zu erreichen ist als mit den Printmedien. Drittens ist die Wahlhilfe auch ein Beitrag zu politischer Bildung, da sich die Teilnehmenden einerseits kurz auf 45 Sachthemen einlassen und darüber nachdenken müssen. Andererseits werden zu jedem dieser Themen jeweils eine kurze Erläuterung gegeben sowie die Pro- und Contra-Argumente aufgelistet, sodass die Teilnehmenden einen vertiefenden Einblick in die zahlreichen Sachfragen bekommen, wenn sie sich dafür interessieren.

Direktdemokratische Rechte

Wie bereits weiter oben erwähnt, kennt das liechtensteinische politische System ausgebaut direkte Mitwirkungsrechte des Volkes. Die bedeutendsten Instrumente sind das Referendum gegen Beschlüsse des Landtages sowie die Volksinitiative zur Abänderung, Aufhebung oder Einführung von Gesetzesbestimmungen oder Verfassungsartikeln. Ohne hier weiter in die Literatur einzusteigen, kann zusammenfassend festgehalten werden, dass Initiativen und Referenden mehrere positive Effekte auslösen können. In der nachstehenden Tabelle sind die Vorzüge nach Schmidt (2003) und diversen anderen Autoren aufgelistet.

Tabelle 2: Potenziell positive Effekte der direkten Demokratie

<i>Kriterium</i>	<i>Kommentar</i>
Partizipation	Mobilisierung, Identifikation, Legitimation, weniger „classe politique“
Performanz	Stabilität, Zufriedenheit, Akzeptanz von Entscheidungen, soziale Kohäsion, Ausgabenkontrolle
Sachverstand	Politische Diskussionen und Meinungsbildung, kompetente Bürger/innen

Identität	Kollektive Identität wegen gemeinsamer Themendiskussion, Markenzeichen, Ventilfunktion
Qualität der Gesetzgebung	Konkordanzdemokratische Politikstrukturen, ausgewogene Entscheidungen
Bremse für Staatstätigkeit	Konservative Ausgabenpolitik, geringerer „Unsinnskoeffizient“, weniger modische Neuerungen

Diese Positivliste gibt einen Hinweis auf das Potenzial der direkten Demokratie zur Community Education. Urheber von Referenden und Initiativen können selbstverständlich auch politische Parteien sein, womit der Aspekt der Community Education mindestens mit einem Fragezeichen versehen werden muss. Vielfach organisieren sich jedoch auch parteipolitisch ungebundene Bürgerinnen und Bürger, die gemeinsame Interessen entdecken, sich in Komitees organisieren und eine Initiative oder ein Referendum starten. Dies beschränkt sich nicht einfach auf eine Unterschriftensammlung, sondern bedingt meist auch ein Konzept der Öffentlichkeitsarbeit, der Erarbeitung von Informationsmaterial usw.

Man sollte aber nicht verschweigen, dass es auch negative Assoziationen zur direkten Demokratie gibt, die dem Konzept der Community Education entgegenwirken. Beispielsweise neigen öffentliche Kampagnen zur plakativen Vereinfachung, Sachverhalte werden mitunter falsch dargestellt und kommuniziert, die Gesellschaft kann gespalten, mitunter können auch Minderheiten diskriminiert werden, um nur einige Aspekte zu nennen. Direkte Demokratie hat somit Potenzial zur Mobilisierung und politischen Bildung, aber auch zu gesellschaftlichen Verwerfungen und zu Frustration. Was sich mehrheitlich durchsetzt, ist eine Frage der politischen Kultur und der demokratischen Reife eines Landes, der Ausgestaltung der direktdemokratischen Rechte und deren Grenzen sowie der rechtsstaatlichen Kontrolle der direkten Demokratie und dem Funktionieren der Gewaltenteilung.

Petitionen

Als Letztes sollen noch die Petitionen erwähnt werden, die ähnlich wie Volksinitiativen und Referenden einen mobilisierenden Effekt aufweisen. Sie

unterscheiden sich von den direkten Volksrechten dadurch, dass sie Willensbekundungen ohne verbindliche Wirkung sind. Umgekehrt haben sie den Vorteil, dass das Recht auf Petition weder auf die Stimmberechtigten beschränkt noch thematisch eingegrenzt ist. Während sich Volksinitiativen auf Verfassung oder Gesetz beziehen, kann mit einer Petition jeder Sachverhalt angesprochen werden.

Die folgende Liste zeigt, welche Petitionen zwischen 2010 und 2015 in Liechtenstein eingereicht wurden.

Tabelle 3: Petitionen in Liechtenstein (2010 bis 2015)

<i>Jahr</i>	<i>Petition</i>
2015	Für eine unabhängige Institution für Menschenrechte
2014	Auswirkungen Stadttunnel Feldkirch auf Liechtenstein
2014	Aufnahme syrischer Flüchtlinge
2013	Wir unterstützen die Orthodoxen in Liechtenstein – Staatliche Anerkennung der christlich-orthodoxen Kirche
2013	Gegen Schließung der Filialen der Liechtensteinischen Landesbank in Schaan und Triesenberg
2013	Wir fordern ein Ende des Stillstands in der Gleichstellungspolitik
2012	Einsatz für einen internationalen Vertrag zur Waffenhandelskontrolle
2012	Baulandumlegung – Fehlende Bestimmungen
2012	Tier und Mensch – Gegen zu große Schonzone und Betretungsverbote
2012	Moratorium Beamtenkasse – Kritik an Sanierung der staatlichen Pensionskasse
2011	Sorgerecht – Neuregelung gemäß „Norwegischem Modell“
2011	Griffiges Mietrecht für Liechtenstein
2011	Stimm- und Wahlrecht von Liechtensteinern im Ausland
2011	Partizipationsrechte für Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft
2010	Betriebliche Personalfürsorge – Teilzeitarbeit unter Minimallohn

2010	Solidarisches Liechtenstein – Gegen Kürzung von Geldern für Internationale Humanitäre Zusammenarbeit
2010	Wir wollen solidarisch sein – Eingereicht zusammen mit „Solidarisches Liechtenstein“
2010	Gemeinsames Sorgerecht

Quelle: Eigene Erhebungen.

Demokratieprinzipien und Community Education

Wenn wir nun zurückkommen auf die weiter oben tabellarisch aufgelisteten Demokratieprinzipien und deren praktische Umsetzung, lässt sich aufgrund der obigen Ausführungen abschätzen, welches Potenzial im Konzept der Community Education stecken könnte. In der folgenden Tabelle werden die potenziellen, unvollständig aufgelisteten Beiträge von Projekten mit Bezügen zu Community Education in Zusammenhang mit den Demokratieprinzipien und deren praktische Umsetzung gesetzt. Es zeigt sich, dass von Community Education manch positive, direkte oder indirekte Impulse auf die Stärkung der Demokratie erwartet werden können.

Tabelle 4: Demokratieprinzipien, praktische Umsetzung und potenzielle Beiträge der Community Education

<i>Demokratieprinzip</i>	<i>Praktische Umsetzung</i>	<i>Potenzielle Beiträge von Community Education</i>
Volkssouveränität	Partizipation Engagement	Bürgerinitiativen auf kommunaler und nationaler Ebene können in Volksentscheide münden
Mehrheitsprinzip	Politischer Wettbewerb Parteienvielfalt Interessengruppen	Mit Jugendparlamenten u. a. können die parlamentarische Debatte und der Mehrheitsentscheid simuliert und eingeübt werden
Gleichheit und Freiheit	Pressevielfalt Meinungsvielfalt	Die Rolle der Öffentlichkeit, der Medien und der politischen Kommunikation wird bei den meisten Projekten bewusst wahrgenommen
Rechtsstaatlichkeit	Kenntnis des Rechts Zugang zum Recht	Initiativen, Referenden, Petitionen und andere Aktivitäten stärken das

	Europäische Menschenrechtskonvention	Bewusstsein für den Rechtsstaat und das Recht auf politisches Engagement
Herrschaftskontrolle	Informationsfreiheit Öffentlichkeitsprinzip Transparenz Kritik	Wahlhilfe und andere Projekte schaffen Transparenz bezüglich politischer Positionen von Kandidierenden und Parteien
Pluralismus	Öffentlicher Diskurs Debatten Meinungsbildung	Politisches Engagement ist begleitet vom Wettbewerb der Ideen, von Überzeugungsarbeit und Strategien der Meinungsbildung

Fazit

Der Streifzug durch politische (Bildungs-)Aktivitäten in Liechtenstein hat gezeigt, dass neben der formalisierten Politik, die sich in der Tätigkeit von Parteien und Staatsorganen äußert, eine breite Palette an bürgerschaftlichen Aktivitäten gefunden werden kann. Die in diesem Beitrag vorgestellten Projekte und Initiativen sind nicht vollständig. Die anfänglich vorgenommene Fokussierung auf kollektive und selbstbestimmte Aktivitäten mit Lernpotenzial, hier im Kontext von Politik, hat zahlreiche Projekte und Aktivitäten aus dem Bereich von Schule und Jugend, der kommunalen wie auch der staatlichen Ebene zutage gefördert. Solche Aktivitäten sind willkommene und die Demokratie belebende Elemente. Von der Input-Seite des politischen Systems her betrachtet, organisieren sich Gleichgesinnte, artikulieren ihre Interessen und tragen ihre Forderungen an die institutionalisierte Politik heran – wenn sie nicht sogar selbst ein Projekt durchführen. Auf der Output-Seite resultiert – mit oder ohne Unterstützung der politischen Institutionen – bestenfalls ein Ergebnis im Sinne der Initianten. Sekundäreffekte können neu erlernte Fähigkeiten des Organisierens und Kommunizierens sein, aber auch Lerneffekte über das Funktionieren von Politik und im Idealfall auch eine stärkere Identifikation mit der demokratischen Grundordnung und Wertschätzung der Möglichkeiten, die die Demokratie bietet.

Literatur

- Bogumil, Jörg (2002): Kooperative Demokratie – Formen, Potenziale und Grenzen. In: Michael Haus (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde. Opladen: Leske + Budrich, S. 151–166.
- Dewey, John (1916): *Democracy and Education. An Introduction to the Philosophy of Education*. New York: Macmillan.
- Easton, David (1965): *A Framework for Political Analysis*. Eaglewood Cliffs: Prentice-Hall.
- English, Leona M./Mayo, Peter (2012a): Adult Education and Citizenship – A Contested Terrain. In: *International Issues in Adult Education* (8), S. 37–41.
- English, Leona M./Mayo, Peter (2012b): Adult Education and Community Development. In: *International Issues in Adult Education* (8), S. 131–141.
- Freitag, Markus (Hg.) (2014): *Das soziale Kapital der Schweiz*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung (Politik und Gesellschaft in der Schweiz, 1).
- Frommelt, Christian (2016): *Sport Monitoring Liechtenstein. Bestandesaufnahme 2015*. Studie im Auftrag der Sportkommission. BERN.
- Hagen, Angelika (2008): *Befragung zu Sozialkapital und Gesundheit des Fürstentums Liechtenstein. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung*. Im Auftrag des Ressorts Soziales.
- Haus, Michael (Hg.) (2002): *Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde*. Opladen: Leske + Budrich.
- Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hg.) (2005): *Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jungmeier, Peter/Mader, Wolfgang/Seebacher, Eva (2013): Die Weisheit der Vielen. Community Education in der Praxis. In: *Magazin Erwachsenenbildung.at* (19), S. 2–8.
- Koopmann, Klaus F. (2002): Politik handelnd erfahren und lernen. In: Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges (Hg.): *Politische Bildung und Globalisierung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 197–216.

- Kriesi, Hanspeter (2005): *Direct Democratic Choice. The Swiss Experience*. Oxford: Lexington Books.
- Maduz, Linda (2010): *Direct Democracy*. First published: March 2010. In: *Living Reviews in Democracy* 2, S. 1–14. <http://www.livingreviews.org/lrd-2010-1> [20.12.2016].
- Martin, Ian (2003): *Adult education, lifelong learning and citizenship: some ifs and buts*. In: *International Journal of Lifelong Education* 22 (6), S. 566–579.
- Marxer, Wilfried (2012): *Direkte Demokratie in Liechtenstein*. In: Peter Neumann und Denise Renger (Hg.): *Sachunmittelbare Demokratie im interdisziplinären und internationalen Kontext 2009/2010*. Deutschland, Liechtenstein, Österreich, Schweiz und Europa. Baden-Baden: Nomos, S. 95–115.
- Marxer, Wilfried/Pállinger, Zoltán Tibor (2009): *Stabilizing or destabilizing? Direct-democratic instruments in different political systems*. In: Maija Setälä und Theo Schiller (Hg.): *Referendums and Representative Democracy. Responsiveness, accountability and deliberation*. London/New York: Routledge (ECPR Studies in European Political Science, 62), S. 34–55.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Eicher, Claudia/Thiery, Peter (2003): *Defekte Demokratie*. Band 1: Theorie. Opladen: Leske + Budrich.
- Scandrett, Eurig (2013): *Citizen Participation and Popular Education in the City*. Written for the Friends of the Earth's 'Big Ideas' project. Queen Margaret University. Online verfügbar unter https://www.foe.co.uk/sites/default/files/downloads/citizen_participation_and.pdf.
- Schmidt, Manfred G. (2003): *Lehren der Schweizer Referendumsdemokratie*. In: Claus Offe (Hg.): *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag, S. 111–123.
- Shaw, Mae/Crowther, Jim (2014): *Adult education, community development and democracy: renegotiating the terms of engagement*. In: *Community Development Journal* 49 (3), S. 390–406.

- Smith, Daniel A./Tolbert, Caroline J. (2004): *Educated by Initiative: The Effects of Direct Democracy on Citizens and Political Organizations in the American States*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Smith, Mark A. (2002): Ballot initiatives and the democratic citizen. In: *Journal of Politics*, 64, S. 892–903.
- Tett, Lyn (2006): *Policy and Practice in Education. Community Education, Lifelong Learning & Social Inclusion*. Edinburgh: Dunedin Academic Press.
- Wallace, David (2008): *Community Education, Community Learning and Development*. In: T.G.K. Bryce und W. M. Humes (Hg.): *Scottish Education*. Edinburgh: Edinburgh University Press. S. 742–751.
- Waschkuhn, Arno (1994): *Politisches System Liechtensteins. Kontinuität und Wandel*. Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften 18).
- Wille, Herbert (2015): *Die liechtensteinische Staatsordnung. Verfassungsrechtliche Grundlagen und oberste Organe*. Schaan: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften 57).

Partner im Erasmus+-Projekt Community Education

